

Nora Carstens, M.A.
Universität Potsdam
Lehrstuhl für Politik und Regieren in Deutschland
ncarstens@uni-potsdam.de

**Paper Proposal zur
12. Jahrestagung des „Forums Junge Staats-, Policy- und Verwaltungsforschung“**

**„Digitalisierung in komplexen Mehrebenensystemen –
ebenenübergreifende Kollaboration bei der E-Government-Integration
in Deutschland und Europa“**

Die Koordination und Kooperation einer Vielzahl verschiedenster Akteure wird für die moderne öffentliche Verwaltung zu einer immer bedeutenderen Aufgabe, insbesondere im Hinblick auf das Querschnittsthema Digitalisierung. Nur durch eine ebenenübergreifende Kooperation können die Barrieren der Digitalisierung überwunden und eine medienbruchfreie und interoperable E-Government-Integration ermöglicht werden. In komplexen Mehrebenensystemen erschwert die Politikverflechtung jedoch die Kooperation der verschiedenen Ebenen, indem divergierende Interessen zu Kompetenzstreitigkeiten und Abstimmungsproblemen führen können. Im Rahmen meiner Dissertation widme ich mich daher der Frage: *Welchen Einfluss haben komplexe Mehrebenensysteme auf die Digitalisierung der Verwaltung?* Auf der FoJuS-Jahrestagung möchte ich das Exposé meiner kumulativen Dissertation vorstellen.

Die Dissertation gliedert sich in drei Paper, die sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem Thema Kollaboration bei der E-Government-Integration in komplexen Mehrebenensystemen befassen. Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden hierbei sowohl qualitative als auch quantitative Methoden der Datenerhebung genutzt. Theoretisch knüpft die Dissertation an das Konzept der Politikverflechtungsfalle und der Turfwars sowie an die Diffusionstheorie an.

Das erste Paper befasst sich mit der Frage, wie sich die Verwaltungsstruktur der Länder auf die Kollaboration zwischen Land und Kommunen bei der E-Government-Integration auf kommunaler Ebene auswirkt. Verglichen werden hierbei auf Grundlage von

Experteninterviews Stadtstaaten und Flächenländer mit unterschiedlichem Verwaltungsaufbau (zweistufig und dreistufig). Dabei wird untersucht, ob der Verwaltungsaufbau einen Effekt auf die E-Government-Integration auf kommunaler Ebene hat.

Das zweite Papier befasst sich mit dem Einfluss der Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen auf die Diffusion von Bürgerkonten auf kommunaler Ebene. Im Rahmen eines deutschlandweiten Surveys soll zunächst die Frage geklärt werden, wie weit Bürgerkonten auf kommunaler Ebene bereits verbreitet sind. Darüber hinaus wird untersucht, welchen Einfluss die ebenenübergreifende Kooperation auf die Diffusion der Nutzerkonten hatte. Gegebenenfalls werden im Rahmen des Surveys auch Kommunen in anderen europäischen Ländern befragt und die Ergebnisse als Vergleich herangezogen.

Mit Inkrafttreten des Onlinezugangsgesetzes (OZG) am 18.08.2017 wurden der Bund sowie die Länder dazu verpflichtet, ihre Verwaltungsleistungen bis spätestens Ende 2022 digital in einem gemeinsamen Portalverbund anzubieten. Im Rahmen des sogenannten Föderalen Digitalisierungsprogrammes erarbeiten einzelne Bundesländer und Bundesressorts arbeitsteilig Umsetzungsstrategien für bestimmte Themenfelder des OZGs. Unterstützt werden sie dabei von Digitalisierungslaboren. Diese setzen sich aus Digitalisierungs-, Fach- und Rechtsexperten zusammen und sollen zu einer nutzerfreundlicheren Implementierung der Verwaltungsleistungen beitragen. Im Rahmen einer Fallstudie zur OZG-Umsetzung im Land Brandenburg sollen die Digitalisierungslabore als besondere Form der ebenenübergreifenden Kooperation genauer untersucht werden. Hinter diesem dritten Papier steht die Frage, ob sich bei der Implementation des Onlinezugangsgesetzes, abweichend von den bisherigen föderalen Prinzipien, Besonderheiten bei der Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen ergeben.